

## Finanzstatistische Ergebnisse der Kommunen 1999

*Der vorliegende Aufsatz basiert auf den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistiken der Gemeinden und Gemeindeverbände. Grundlage sind die in den Haushaltsrechnungen der Gebietskörperschaften verbuchten Istaussgaben und Isteinnahmen in der durch die Haushaltssystematik vorgegebenen Gliederung nach Arten und Aufgabenbereichen. Durch den großen Umfang des Datenmaterials liegen die Ergebnisse erst im zweiten Jahr nach Ende des Berichtszeitraumes vor.*

### Vorbemerkungen

Die Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände werden zu verschiedenen Zeitpunkten ihrer Realisierung erfasst und statistisch ausgewertet, als geplante Größen im Rahmen der Haushaltsansatzstatistik, dann auf der Grundlage der vierteljährlichen Kassenabschlüsse als Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen und schließlich nach den Rechnungsabschlüssen als Jahresrechnungs- oder Rechnungsstatistik.

Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen der Nutzer unterscheiden sich die Erhebungen auch durch den Umfang des einbezogenen Datenmaterials. Die Haushaltsansatz- und die Kassenstatistik enthalten den Aufriss nach Ausgabe- und Einnahmearten und nur für die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen eine grobe Gliederung nach Aufgabenbereichen. Für den schnellen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Gemeindefinanzen erscheint das ausreichend.

Erst die Jahresrechnungsstatistik schöpft die Möglichkeiten der kommunalen Haushaltssystematik aus, indem *alle* Kombinationen des verbindlich vorgeschriebenen Gliederungs- und Gruppierungsplanes erfasst werden. Bei rd. 100 Aufgabenbereichen und rd. 200 verschiedenen Arten von Ausgaben und Einnahmen ergeben sich theoretisch etwa 20 000 Haushaltsstellen. Da eine große Anzahl von Kombinationen nicht zulässig ist (z.B. Steuereinnahmen außerhalb der „allgemeinen Finanzwirtschaft“) bzw. in der Praxis nicht vorkommt, liegt die Anzahl der möglichen Einzelposten bei rd. 15 000.

Das Ergebnis der Jahresrechnungsstatistik bietet umfangreiche und tiefgehende Auswertungsmöglichkeiten durch

die Darstellung der Finanzdaten nach Gruppierungen und Gliederungen/Aufgabenbereichen.

Soweit keine Angaben nach Aufgabenbereichen benötigt werden, richten sich wegen der höheren Aktualität die meisten Anforderungen nach Auswertungen aus der Kassenstatistik. Sie zählt zu den Konjunkturstatistiken.

Für Vergleiche über mehrere Jahre sowie tiefgründige Analysen über das Finanzgebaren der Gemeinden und Gemeindeverbände werden die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zugrunde gelegt. Sie zählt zu den Strukturstatistiken.

Zwischen den Statistiken gibt es neben dem Umfang der erhobenen Daten und der Aktualität noch den Unterschied der unterschiedlichen periodischen Abgrenzung zu beachten. So werden die nach Ablauf des Kalenderjahres anfallenden Abschlussbuchungen beim kassenmäßigen Nachweis im I. Quartal des Folgejahres angegeben, in der Jahresrechnung im entsprechenden Rechnungsjahr. Das betrifft die sogenannten „haushaltstechnischen Verrechnungen“, z.B. die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und von den besonderen Finanzierungsvorgängen die Rücklagenveränderungen und die Deckung von Vorjahresfehlbeträgen sowie die Spitzabrechnung beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die Gewerbesteuerumlage und die Ersätze zum Familienleistungsausgleich.

Da bei den meisten finanzstatistischen Auswertungen ohnehin eine Bereinigung um die haushaltstechnischen Verrechnungen und besonderen Finanzierungsvorgänge vorgenommen wird, ist dieser Mangel bei der vierteljähr-

---

lichen Kassenstatistik nur bei einzelnen Positionen von Bedeutung.

## Darstellungsweisen

In der Finanzstatistik werden grundsätzlich drei unterschiedliche Darstellungsformen bezüglich der Anordnung und Zusammenfassung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten verwendet. Je nach Auswertungsziel wird unterschieden nach:

- gesamtwirtschaftlicher Darstellungsweise
- finanzwirtschaftlicher Darstellungsweise
- haushaltmäßiger Darstellungsweise.

Hauptzweck der **gesamtwirtschaftlichen Darstellung** der Ausgaben und Einnahmen ist es, die Verflechtungen zwischen den öffentlichen Haushalten und den übrigen Wirtschaftsbereichen, die Stellung der öffentlichen Haushalte im Gesamtsystem der Volkswirtschaft aufzuzeigen sowie den Zahlungsverkehr innerhalb des öffentlichen Sektors deutlich zu machen.

Charakteristisch für diese Darstellung ist die Aufteilung in die laufende Rechnung und die Kapitalrechnung. Die besonderen Finanzierungsvorgänge, zu denen vor allem Schuldenaufnahmen bzw. -tilgungen am Kreditmarkt und Rücklagenveränderungen zählen, werden nicht in die Summen der Ausgaben und Einnahmen einbezogen. Der getrennte Ausweis ist auch dadurch gerechtfertigt, dass damit Doppelerfassungen über mehrere Jahre ausgeschlossen werden, da auf besondere Finanzierungsvorgänge wie z.B. Zuführung zu Rücklagen zu einem späteren Zeitpunkt Investitionen folgen.

Die Ausgaben- und Einnahmensummen der laufenden und der Kapitalrechnung sind grundsätzlich bereinigt um den Zahlungsverkehr der gleichen Ebene (z.B. zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden) sowie um die haushaltstechnischen Verrechnungen, die sich in einer Rechnungsperiode in Ausgaben und Einnahmen eines Haushaltes ausgleichen. Neben den inneren Verrechnungen zwischen einzelnen Haushaltsstellen zählen dazu auch die Zuführungen zwischen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt und die kalkulatorischen Kosten bzw. Einnahmen. Eine weitere Bereinigung erfolgt um die Gewerbesteuerumlage.

Auf der Ausgabenseite der **laufenden Rechnung** erscheinen als wichtigste Positionen die Personalausgaben und

der laufende Sachaufwand, dem in einem weiteren Sinne auch die Zinsausgaben zuzurechnen sind. Es handelt sich hier grundsätzlich um diejenigen Ausgaben, die als „Staatsverbrauch“ in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Daneben stehen die Übertragungen, die als Zahlungen ohne Gegenleistung zu definieren sind. Auf der Ausgabenseite der laufenden Rechnung können sie entweder als laufende Zuweisungen und Zuschüsse oder als Schuldendiensthilfen vorkommen. Auf der Einnahmenseite der laufenden Rechnung sind demgegenüber die laufenden Einnahmen zu verbuchen, die zur Finanzierung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stehen. Es sind dies die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die Leistungsentgelte (Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Zins-einnahmen, Gebühren u. dgl.) und die Übertragungen. Da die Steuereinnahmen in ihrer Gesamtheit der laufenden Rechnung zugeordnet werden, obwohl sie zu einem wesentlichen Teil auch zur Deckung der Ausgaben der Kapitalrechnung dienen, sollten in der laufenden Rechnung die Einnahmen die Ausgaben immer übersteigen. Je größer dieser Saldo ist, auf desto mehr „freie Mittel“ können die Gebietskörperschaften zur Finanzierung von Sachinvestitionen zurückgreifen.

In der **Kapitalrechnung** stehen den Sachinvestitionen, den Vermögensübertragungen, den Darlehen, dem Erwerb von Beteiligungen und den Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich auf der Ausgabenseite die Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen, die Vermögensübertragungen (d.h. in erster Linie die den Gebietskörperschaften zufließenden Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen), die Darlehensrückflüsse, die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und die Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich gegenüber. Jede Ausgabe-position korrespondiert dabei mit einer entsprechenden Einnahmeposition. Die Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich und die Tilgung dieser Schulden erscheinen in der Kapitalrechnung und nicht unter den besonderen Finanzierungsvorgängen, da es sich hier um Zahlungen innerhalb des öffentlichen Bereichs handelt, die gesamtwirtschaftlich als rückzahlbare Zuweisungen gelten können, während durch den Nachweis der besonderen Finanzierungsvorgänge in erster Linie deutlich gemacht werden soll, in welchem Umfang die Gebietskörperschaften den Kreditmarkt in Anspruch nehmen. Da die Einnahmen der Kapitalrechnung wohl in keinem Fall zur Deckung der Ausgaben ausreichend sein können, muss die Kapitalrechnung normalerweise mit einem Defizit abschließen. Diese „Finanzierungslücke“ wird durch den Überschuss der laufenden Rechnung und gegebenenfalls durch eine

---

entsprechende Kreditaufnahme am Kapitalmarkt oder Entnahme aus Rücklagen geschlossen.

Die **finanzwirtschaftliche Darstellung** veranschaulicht durch die Anordnung der Ausgaben und Einnahmen, welche Ausgabearten für die jeweilige Aufgabenerfüllung eingesetzt wurden und welche Finanzierungsmittel diesen Ausgaben gegenüber standen. Die sogenannten unmittelbaren Ausgaben geben den für die jeweilige Aufgabenerfüllung eingesetzten Betrag an, unabhängig davon, ob und inwieweit andere Stellen zur Finanzierung beigetragen haben.

Diese Darstellungsweise wird dann gewählt, wenn Haushalte in ihrer Struktur verglichen werden sollen.

Charakteristisch ist die stufenweise Bereinigung bis zu den Nettoausgaben als eigenen Finanzierungsbeitrag zur Aufgabenerfüllung nach Absetzung aller von anderen Stellen des öffentlichen Bereichs zur Verfügung gestellten Mittel.

Während die gesamt- und die finanzwirtschaftliche Darstellungsform stärker darauf gerichtet sind, die finanziellen Aktivitäten der einzelnen Ebenen des öffentlichen Bereichs im Vergleich untereinander und mit ihren Auswirkungen auf den übrigen Wirtschaftsablauf darzustellen, orientiert sich die **haushaltsmäßige Darstellung** am Vergleich der einzelnen Berichtsstellen. Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen folgt den in der Haushaltssystematik einheitlich vorgegebenen Gliederungen. Abweichend von der Haushaltssystematik werden wie in der Finanzstatistik üblich, die Ausgaben vor den Einnahmen dargestellt.

Die Darstellung unterscheidet zwischen dem Verwaltungs- und dem Vermögenshaushalt, wobei in beiden Teilhaushalten die Ausgaben und Einnahmen nach dem Gruppierungsplan aufgeführt werden. Bei Einzeldarstellungen wird lediglich um die Gewerbesteuerumlage und die haushaltstechnischen Verrechnungen bereinigt, bei Vergleichen zwischen einzelnen Aufgabenbereichen muss sogar auf die Saldierung der inneren Verrechnungen verzichtet werden, weil sich die Einnahme- und Ausgabebuchung in diesem Fall nicht auf die gleiche Einheit (Aufgabenbereich) bezieht.

Die Bereinigung der Ergebnisse von Doppelzählungen hängt grundsätzlich davon ab, ob es sich um Gesamtergebnisse für alle Gemeinden oder um Summen für Gebietskörperschaftsgruppen, Gemeindegrößenklassen handelt. Bei Gesamtergebnissen werden von den Bruttoausgaben und Brut-

toeinnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts zunächst die Zahlungen der gleichen Ebene (Gemeinden und Gemeindeverbände) abgezogen. Die Absetzung der haushaltstechnischen Verrechnungen erfolgt erst nach der Addition der Gesamtausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts bzw. der Gesamteinnahmen. Nach Abzug der Zahlungen von anderer Ebene des öffentlichen Bereichs (z.B. Bund, Land, Zweckverbände) ergeben sich die Nettoausgaben und Nettoeinnahmen. Diese Art der Bereinigung von Doppelzählungen für einzelne Gebietskörperschaftsgruppen bzw. Gemeindegrößenklassen ist nicht möglich, da dies eine differenzierte Erfassung des Zahlungsverkehrs der Gemeinden und Gemeindeverbände untereinander voraussetzen würde.

Im vorliegenden Aufsatz soll neben der Darstellung der gesamten Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände auch die Ausgabenentwicklung nach Einzelplänen/Aufgabenbereichen dargestellt werden, weshalb die Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik zugrunde gelegt wurden.

Die Aufgabenbereiche sind in der Haushaltssystematik durch den Gliederungsplan festgelegt.

In den nachfolgenden Ausführungen werden die Einzelpläne im Text und in Tabellen aufgeführt und teilweise nur mit der Nummer des Einzelplanes bezeichnet. Deshalb werden sie nachfolgend genannt:

- 0 Allgemeine Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- 2 Schulen
- 3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz
- 4 Soziale Sicherung
- 5 Gesundheit, Sport, Erholung
- 6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr
- 7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung
- 8 Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen
- 9 Allgemeine Finanzwirtschaft

Jeder Einzelplan untergliedert sich in Abschnitte und Unterabschnitte, z.B.:

- |        |                               |
|--------|-------------------------------|
| E 4    | Soziale Sicherung             |
| A 46   | Einrichtungen der Jugendhilfe |
| UA 464 | Tageseinrichtungen für Kinder |

## Gesamtsituation

Das Volumen der Gesamtausgaben der Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände (GV) belief sich 1999 in der gesamtwirtschaftlichen Darstellung (d.h. ohne besondere Finanzierungsvorgänge, bereinigt um haushaltstechnische Verrechnungen und Zahlungen der gleichen Ebene) auf 8 240 Mill. DM und lag damit um 0,5 Prozent über dem Vorjahreswert, aber um 11,8 Prozent unter dem Ausgabenvolumen von 1995.

Da die Gesamteinnahmen im Zeitraum seit 1995 nur um 6,1 Prozent zurückgingen, wiesen die kommunalen Haushalte mit 8 Mill. DM ein stark geschrumpftes Finanzierungsdefizit aus.

Die zur Deckung der Finanzlücke notwendige Nettokreditaufnahme war nur noch in Höhe von 4 Mill. DM erforderlich, ein Hundertstel des Betrages von 1995.

Die Personalausgaben erhöhten sich 1999 gegenüber 1998 um 0,6 Prozent. Gegenüber 1995 gingen sie bei gleichzeitiger Lohnangleichung auf 86,5 Prozent der alten Bundesländer und Lohnzuwachs um 13,3 Prozent zurück.

Wegen der andauernden Mittelknappheit lagen die Sachinvestitionen mit 2 111 Mill. DM auf dem niedrigen Vorjahresniveau. Der Rückgang zum Jahr 1995 betrug mehr als ein Fünftel.

Die Ausgaben für soziale Leistungen betrugen 766 Mill. DM im Jahr 1999 (1998 = 765 Mill. DM). Gegenüber 1995 beträgt der Rückgang 24,1 Prozent, vorrangig durch die mit der Einführung der Pflegeversicherung verbundene Reduzierung der Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen.

Die Steuereinnahmen erhöhten sich 1999 auf 1 266 Mill. DM, 4,0 Prozent mehr als 1998, 4,2 Prozent mehr als 1995.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich, als Haupteinnahmequelle, erhöhten sich um 1,2 Prozent (+56 Mill. DM). Gegenüber 1995 ist ein Rückgang um 6,4 Prozent zu verzeichnen.

Einen Überblick über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in den Jahren 1995 bis 1999 gibt die Tabelle 1.

**Tabelle 1: Gesamtübersicht über die Kommunalfinanzen 1995 bis 1999**

Kennziffern	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999 gegenüber	
						1998	1995
	Mill. DM					um %	
Gesamtausgaben	9 347	8 751	8 261	8 210	8 240	0,5	- 11,8
Gesamteinnahmen	8 769	8 427	8 184	8 133	8 233	1,2	- 6,1
Finanzierungssaldo	- 578	- 324	- 77	- 69	- 8	x	x
<i>Ausgaben</i>							
Personalausgaben	2 856	2 689	2 458	2 462	2 476	0,6	- 13,3
Laufender Sachaufwand	1 693	1 709	1 636	1 577	1 571	- 0,4	- 7,2
Zinsausgaben	320	353	351	362	330	- 8,8	3,0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 332	2 246	2 242	2 242	2 319	3,4	- 0,6
Sachinvestitionen	2 710	2 361	2 186	2 116	2 111	- 0,2	- 22,1
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	156	165	186	232	215	- 7,1	38,1
<i>Einnahmen</i>							
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1 215	899	1 031	1 218	1 266	4,0	4,2
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	1 258	1 234	1 200	1 127	1 123	- 0,4	- 10,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	5 135	5 143	4 816	4 752	4 808	1,2	- 6,4
Veräußerung von Vermögen	532	541	460	386	328	- 15,1	- 38,3
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	1 310	1 340	1 412	1 394	1 455	4,4	11,1
<i>Besondere Finanzierungsvorgänge</i>							
Schuldentilgung	356	510	570	568	494	- 13,1	38,6
Zuführung an Rücklagen	301	242	240	229	227	- 1,0	- 24,7
Deckung von Fehlbeträgen	47	63	75	68	32	- 53,3	- 33,1
Schuldenaufnahme	823	747	713	677	498	- 26,4	- 39,5
Entnahme aus Rücklagen	354	328	232	204	193	- 5,3	- 45,4
Nettokreditaufnahme	467	230	143	112	4	- 96,2	- 99,1

Bevor im Nachfolgenden die Analyse tiefer gegliedert nach Gruppierungen und Gliederungen/Aufgabenbereichen vorgenommen wird, sollen einige finanzstatistische Kennzahlen den Überblick, den Tabelle 1 mit den verdichteten Eckzahlen und den Veränderungsraten bereits gibt, weiter ausbauen.

Es handelt sich dabei um die zur Zeit gebräuchlichsten Kennzahlen der Finanzstatistik für aggregierte Daten. Zur Abgrenzung der Kennzahlen ist eine Übersicht als Anlage beigefügt, da in den verschiedenen Quellen für Kennzahlen mit übereinstimmender Bezeichnung unterschiedliche Abgrenzungen bzw. unterschiedliche Bezeichnungen bei identischem Inhalt Verwendung finden.

Finanzstatistische Kennzahlen können eine wichtige Informationsfunktion erfüllen, wenn sie in ihrer Aussagefähigkeit vor dem Hintergrund einer differenziert gestalteten öffentlichen Finanzwirtschaft gesehen werden. Die Kennzahlen teilen sich in:

- Ausgabenquoten
- Einnahmenquoten
- Finanzierungsquoten
- Belastungsquoten
- Salden
- Sonstige Quoten

**Tabelle 2:** Finanzstatistische Kennzahlen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1995 bis 1999

Kennziffern	Einheit	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Ausgabenquoten</b> <sup>1)</sup>						
Personalausgabenquote	%	30,7	30,7	29,8	30,0	30,0
Sachaufwandsquote	%	18,1	19,5	19,8	19,2	19,1
Zinsausgabenquote	%	3,4	4,0	4,2	4,4	4,0
Anteil der sozialen Leistungen	%	10,8	10,0	9,2	9,3	9,3
Investitionsausgabenquote	%	31,5	28,7	28,3	28,1	28,0
Sachinvestitionsquote	%	29,1	27,0	26,5	25,8	25,6
<b>Einnahmenquoten</b> <sup>2)</sup>						
Steuereinnahmenquote	%	13,9	10,7	12,6	15,0	15,4
Anteil der allgemeinen Zuweisungen und Erstattungen vom Land und vom Bund	%	27,7	29,3	29,7	29,2	28,8
Gebühreneinnahmenquote	%	7,6	7,6	7,3	6,9	6,9
<b>Finanzierungsquoten</b>						
Steuerdeckungsquote <sup>1)</sup>	%	13,0	10,3	12,5	14,9	15,4
Deckungsquote der Zuweisungen und Erstattungen vom Land und vom Bund <sup>1)</sup>	%	50,6	53,9	56,6	56,3	57,4
Finanzierungsanteil der Investitionen durch Investitionszuweisungen vom Land und vom Bund <sup>3)</sup>	%	39,4	46,6	52,1	51,4	54,0
Finanzierungsanteil der Investitionen durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt <sup>3)</sup>	%	23,9	18,1	17,0	17,3	11,9
Finanzierungsanteil der Investitionen durch Rücklagenentnahme <sup>3)</sup>	%	12,2	13,0	9,9	8,8	8,4
<b>Belastungsquoten</b> <sup>2)</sup>						
Zinslastquote	%	3,7	4,2	4,3	4,4	4,0
Schuldendienstbelastungsquote	%	5,9	6,6	7,0	7,7	7,1
<b>Salden</b>						
Allgemeine Deckungsmittel	Mill. DM	3 627	3 345	3 446	3 578	3 618
Nettokreditaufnahme (ohne Umschuldung)	Mill. DM	507	266	188	148	23
Überschuss des Verwaltungshaushalts	Mill. DM	471	330	412	506	549
Freie Spitze	Mill. DM	280	108	161	262	272
<b>Sonstige Quoten</b>						
Kreditfinanzierungsquote (ohne Umschuldung) <sup>3)</sup>	%	17,4	10,6	8,0	6,3	1,0
Selbstfinanzierungsquote <sup>3)</sup>	%	16,2	13,1	17,6	21,5	25,2
Finanzierungsquote der freien Spitze <sup>3)</sup>	%	9,6	4,3	6,9	11,1	11,6
Anteil des Überschusses im Verwaltungshaushalt <sup>4)</sup>	%	6,9	5,0	6,5	7,1	8,1

1) bezogen auf die Gesamtausgaben (gesamtwirtschaftlich)

2) bezogen auf die Gesamteinnahmen (gesamtwirtschaftlich)

3) bezogen auf Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (gesamtwirtschaftlich)

4) bezogen auf die Bruttoeinnahmen der laufenden Rechnung

---

## Nettokreditaufnahme stark zurückgegangen

Die Bemühungen der Kommunen um die Konsolidierung ihrer Finanzen zeigt sich auch bei der Entwicklung der Positionen der besonderen Finanzierungsvorgänge. Während die Gemeinden und Gemeindeverbände Finanzierungsengpässe in den vergangenen Jahren mit Fremdmitteln überbrückten, ist dies in den letzten Jahren stark eingeschränkt worden. Erkennbar ist das an der deutlich zurückgegangenen Nettokreditaufnahme. Im Jahr 1999 wurde im Saldo von Kreditaufnahme und Tilgung nur noch ein Volumen von 4 Mill. DM an Kreditmarktmitteln benötigt, gegenüber 112 und 467 Mill. DM in 1998 bzw. 1995. Dass die Schuldenaufnahme diese stark rückläufige Entwicklung nicht in ähnlicher Weise widerspiegelt, liegt daran, dass ein großer Teil der Tilgung am Kreditmarkt zur Umschuldung (fast die Hälfte) eingesetzt wurde und dies die Schuldenaufnahme entsprechend erhöht.

Der Rücklagenstand wird in den Finanzstatistiken nicht erfasst. Die Refinanzierungsmöglichkeiten der Kommunen aus dem Angesparten kann daher nur anhand der Zuführung bzw. Entnahme aus Rücklagen näherungsweise nachgewiesen werden.

Nachdem 1995 und 1996 53 bzw. 86 Mill. DM der Rücklage im Saldo von Entnahme und Zuführung entzogen wurden, konnten Rücklagen seit 1997, wenn auch nur geringfügig, so doch aufgestockt werden (1999: +33 Mill. DM).

## Freie Spitze

Die Kommunale Haushaltsordnung verpflichtet die Kommunen, nicht benötigte Einnahmen im Verwaltungshaushalt dem Vermögenshaushalt zur Deckung der Ausgaben zuzuführen. Der Zuführungsbetrag steht dann für Investitionsvorhaben und/oder zur Schuldentilgung zur Verfügung. Die Zuführung muss mindestens so hoch sein, dass die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt ist, soweit dafür keine anderen Einnahmen wie z.B. Rücklagen oder Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen oder Beiträge zur Verfügung stehen.

In der Literatur gibt es besonders bei der Ermittlung der sogenannten „freien Spitze“ unterschiedliche Abgrenzungen.

1. Saldo aus Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt und vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungshaushalt = freie Spitze  
o.g. Saldo abzüglich Zuführung an Rücklagen, Tilgung von Krediten (ohne außerordentliche Tilgung und Um-

schuldung), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten = freie Investitionsspitze

2. Saldo aus Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt und vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt abzüglich Tilgung von Krediten (ohne außerordentliche Tilgung und Umschuldung), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten = freie Spitze
3. Saldo aus laufenden Einnahmen (Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts zuzüglich Rückflüsse von Darlehen und Zuweisungen für Tilgungen abzüglich Zuführung vom Vermögenshaushalt und Bedarfszuweisungen) und laufenden Ausgaben (Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes zuzüglich ordentliche Tilgung von Krediten und Rückzahlung innerer Darlehen, Kreditbeschaffungskosten, Zuweisungen für Tilgungen, laufende Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften abzüglich Zuführung zum Vermögenshaushalt) = freie Spitze zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Thüringer Gemeinden

Bei der Ermittlung der hier dargestellten Kennzahlen wurde die 2. Variante zugrunde gelegt.

1999 betrug der Zuführungsbetrag zum Vermögenshaushalt 569 Mill. DM. Die Zuführung zum Verwaltungshaushalt betrug 40 Mill. DM.

Im Saldo ergab dies 529 Mill. DM im Jahr 1999, 52 Mill. DM mehr als 1995.

Nach Abzug der Tilgung von Krediten (ohne außerordentlicher Tilgung und Umschuldung), der Rückzahlung von inneren Darlehen sowie der Kreditbeschaffungskosten verblieben 272 Mill. DM für Investitionen bzw. Rücklagenbildung für spätere Investitionen. 1995 lag die ermittelte freie Spitze bei 280 Mill. DM. In den Zwischenjahren fiel der Betrag wesentlich geringer aus.

## Rückgang der Sachinvestitionen gebremst

Ein großer Teil der Sachinvestitionen der öffentlichen Hand wird von den Gemeinden und Gemeindeverbänden getätigt. 1999 lagen die Sachinvestitionen (Baumaßnahmen und Erwerb von Sachvermögen) bei 2 111 Mill. DM. Der seit Jahren zu verzeichnende Rückgang an Sachinvestitionen ist vorrangig auf finanzielle Zwänge zurückzuführen.

Infolge des Investitionsrückganges ist die Sachinvestitionsquote von 29,1 Prozent im Jahr 1995 auf 25,6 Prozent im Jahr 1999 gesunken.

**Tabelle 3: Sachinvestitionen**

Kennziffern	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Baumaßnahmen	2 311	2 031	1 908	1 832	1 843
Erwerb von Sachvermögen	399	330	277	284	267
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>2 710</b>	<b>2 361</b>	<b>2 186</b>	<b>2 116</b>	<b>2 111</b>

Zwei Drittel der Ausgaben, 1 356 Mill. DM, erhielten die Kommunen als Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen von Bund, Land, Kommunen und anderen gefördert. Allein 1 244 Mill. DM davon kamen von Bund und Land.

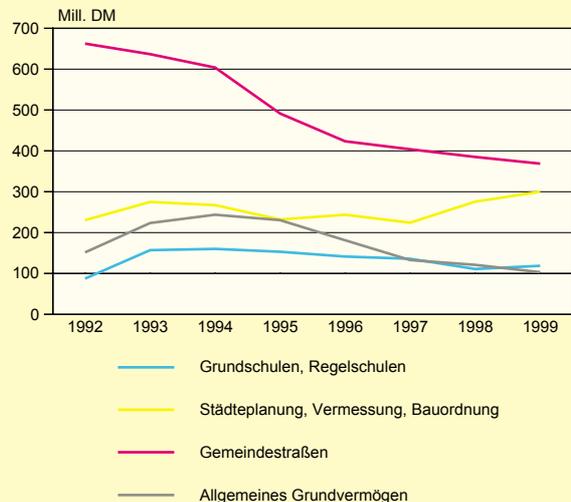
Investitionsschwerpunkt ist seit Jahren der Aufgabenbereich Bau- und Wohnungswesen, Verkehr. Die aufgewendeten Mittel betragen 891 Mill. DM. Bund und Land haben mit 462 Mill. DM Finanzhilfe durch Investitionszuweisungen gegeben. Stark erhöht wurden die Finanzhilfen von Bund und Land für den Bereich Städteplanung, Vermessung, Bauordnung. 1999 wurden 231 Mill. DM zur Verfügung gestellt (1995 = 173 Mill. DM).

Fast 90 Prozent der Sachinvestitionen wurden in den Jahren für Baumaßnahmen verwendet.

1999 waren es 1 843 Mill. DM. Die hohen Rückgänge um ein Fünftel gegenüber 1995 betrafen alle Aufgabenbereiche. Nur der Bereich Gesundheit, Sport, Erholung verzeichnete Zuwächse. Für Baumaßnahmen an eigenen Sportstätten und Badeanstalten wurden größere Beträge ausgegeben als vor 4 Jahren.

Fast die Hälfte der Bauausgaben wurden in den Bereichen Grund- und Realschulen, Städteplanung, Vermessung, Bauordnung, Gemeindestraßen, Allgemeines Grundvermögen getätigt.

**Bauausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände 1992 bis 1999**



Thüringer Landesamt für Statistik

**Tabelle 4: Sachinvestitionen 1999 nach Aufgabenbereichen**

Aufgabenbereich	Sachinvestitionen			Davon					
				Baumaßnahmen			Erwerb von Sachvermögen		
	Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber	
		1998	1995		1998	1995		1998	1995
	um %			um %			um %		
2 Schulen	285	- 4,9	- 22,9	245	- 6,1	- 25,4	41	2,8	- 4,0
5 Gesundheit, Sport, Erholung	174	10,7	36,7	168	10,7	42,2	6	9,3	- 36,8
6 Bau-, Wohnungswesen, Verkehr	891	1,2	- 15,9	858	0,2	- 13,3	33	38,2	- 52,6
63 dar.: Gemeindestraßen	375	- 4,4	- 25,3	369	- 4,1	- 24,8	5	- 18,4	- 48,2
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderungen	192	- 3,8	- 51,2	162	- 1,7	- 51,4	30	- 13,7	- 50,2
8 Wirtschaftliche Unternehmen, Grund- und Sondervermögen	235	- 9,8	- 36,2	167	- 4,2	- 38,7	68	- 21,1	- 29,3
<b>Insgesamt</b>	<b>2 111</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 22,1</b>	<b>1 843</b>	<b>0,6</b>	<b>- 20,2</b>	<b>267</b>	<b>- 5,7</b>	<b>- 33,0</b>

## Personalausgaben weiter zurückgegangen

Die Personalausgaben sind auf der Ausgabenseite der wichtigsten Einzelposten. Trotz Einigung der Tarifpartner auf geringe Lohnzuwächse und einer Anhebung der Löhne und Gehälter auf 86,5 Prozent des Niveaus der alten Bundesländer war der Anstieg bei den Personalausgaben 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,6 Prozent gering.

1999 wurden 2 476 Mill. DM für Personal aufgewendet. Gegenüber 1995 wurde eine Reduzierung um 13,3 Prozent erreicht. Die Personalausgabenquote verringerte sich auf 30,0 Prozent, da die Personalausgaben langfristig stärker reduziert wurden als die Gesamtausgaben sanken.

Die größten Beträge wurden in den Einzelplänen Allgemeine Verwaltung und Soziale Sicherung ausgegeben.

**Tabelle 5:** Personalausgaben nach Einzelplänen 1995 bis 1999

Einzelplan	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Allgemeine Verwaltung	631	617	596	623	632
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	211	211	221	243	251
Schulen	264	249	230	219	213
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege, Naturschutz	213	214	192	194	193
Soziale Sicherung	707	597	523	489	492
Gesundheit, Sport, Erholung	210	215	180	168	173
Bau-, Wohnungswesen, Verkehr	238	246	243	250	255
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	324	316	256	255	248
Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	58	23	17	20	18

Der Rückgang der Personalausgaben wurde seit 1995 volumenmäßig vorrangig im Bereich der Sozialen Sicherung erreicht. Besonders die Übertragung von Tageseinrichtungen für Kinder an freie Träger bzw. die Schließung von Einrichtungen und die Reduzierung von Arbeitsstunden in den Kindergärten führten im Einzelplan Soziale Sicherung zu dieser Entwicklung, die über mehrere Jahre anhielt. Erstmals im Jahr 1999 gab es einen geringen Zuwachs.

Im Bereich der Öffentlichen Einrichtungen ist der Rückgang gegenüber 1995 fast ausschließlich auf die Entwicklung im Bereich der Hilfsbetriebe der Verwaltung zurückzuführen (Fuhrpark, Bauhof). Hier gab es umfangreiche Ausgliederungen und Privatisierungen.

Geringe Rückgänge gab es auch bei der Abfallbeseitigung und im Abschnitt Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr.

Einen Personalkostenzuwachs gab es lediglich in den Einzelplänen Öffentliche Sicherheit und Ordnung und Bau-, Wohnungswesen, Verkehr.

## Soziale Leistungen seit Pflegeversicherung gleich

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse hatten 1999 ein Volumen von 2 319 Mill. DM. Sie stellen damit den zweitgrößten Ausgabenblock.

Nachdem 1996 die Ausgaben durch den Rückgang der sozialen Leistungen gegenüber 1995 gesunken waren, blieben sie bis 1998 auf diesem Niveau. 1999 stiegen sie wieder auf die Höhe von 1995. Dies ist aber zurückzuführen auf den Anstieg der laufenden Zuschüsse an Unternehmen und den Anstieg der allgemeinen Zuweisungen und Umlagen an Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Hauptbestandteile der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sind:

- soziale Leistungen: 766 Mill. DM
- allgemeine Zuweisungen und Umlagen: 699 Mill. DM (z.B. Kreisumlagen)
- laufende Zuschüsse an Unternehmen: 358 Mill. DM (Eigenbetriebe und Eigengesellschaften)

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Leistungen betragen 1999 766 Mill. DM. Sie blieben nach der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1996 und damit verbundenen starken Rückgängen bei den Zahlungsverpflichtungen der Kommunen seit 1997 relativ stabil.

Sehr unterschiedlich war in den vergangenen Jahren die Entwicklung der einzelnen Leistungen.

Die Zahlungen von Sozialhilfe an Personen in Einrichtungen sanken massiv durch die Einführung der Pflegeversicherung.

Kontinuierlich angestiegen ist die Zahl von Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen. Seit 1995 sind die Beträge um fast 100 Mill. DM gewachsen. Um 22 Mill. DM erhöhten sich die Leistungen der Jugendhilfe an Personen in Einrichtungen.

**Tabelle 6: Soziale Leistungen**

Leistungen	1995	1996	1997	1998	1999
	in Mill. DM				
Leistungen der Sozialhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen	248	249	298	342	344
in Einrichtungen	502	361	224	186	175
Leistungen an Kriegssopfer u.Ä.	0	0	0	0	0
Leistungen der Jugendhilfe an Personen außerhalb von Einrichtungen	39	37	41	47	49
in Einrichtungen	131	142	150	152	153
Sonstige soziale Leistungen	41	12	1	1	1
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	48	47	47	39	45
<b>Soziale Leistungen insgesamt</b>	<b>1 010</b>	<b>879</b>	<b>762</b>	<b>765</b>	<b>766</b>

Für die Bewertung der Belastung der Kommunen durch die sozialen Leistungen sind die Ersätze der Leistungen maßgeblich. Diese werden vorrangig von den Sozialleistungsträgern vorgenommen. Rund ein Siebentel der Ausgaben wurden den Kommunen 1999 ersetzt. 1997 war es noch jede 5. ausgegebene DM.

### Rückgang beim laufenden Sachaufwand

Ein weiterer großer Ausgabenblock ist der laufende Sachaufwand. Hinter diesem Sammelposten verbergen sich hauptsächlich Ausgaben für den Unterhalt von Grundstücken und von baulichen Anlagen, Mieten und Pachten, Haltung von Kraftfahrzeugen u.Ä.. Insbesondere handelt es sich dabei um Folgekosten von Investitionen vergangener Jahre. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand betragen 1999 insgesamt 1 571 Mill. DM. Gegenüber 1995 ist das ein Rückgang um 7,2 Prozent.

Im Vergleich der Jahre 1995 bis 1999 ist die Sachaufwandsquote trotz gesunkenen Sachaufwandes gestiegen, da die Gesamtausgaben durch den überdurchschnittlichen Rückgang der Personalausgaben stärker gesunken waren.

### Anstieg der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr

Die Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen sind eine wichtige originäre Einnahmequelle der Gemeinden. Trotz Anstieg im Jahr 1999 haben sie bei weitem noch

nicht die Bedeutung wie in den alten Bundesländern. Das Gewicht der Steuereinnahmen wird durch die Steuereinnahmenquote, das sind an den Gesamteinnahmen gemessene Steuereinnahmen, dargestellt. Diese ist in den letzten Jahren von 13,9 Prozent im Jahr 1995 auf 15,4 Prozent gestiegen, nachdem sie in den Zwischenjahren gesunken war.

Insgesamt haben die Thüringer Gemeinden 1999 1 266 Mill. DM Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen erzielt, dies sind 48 Mill. DM oder 4,0 Prozent mehr als im Vorjahr und 4,2 Prozent mehr als 1995.

Hauptquellen der kommunalen Steuereinnahmen sind die Gewerbesteuer (netto, d.h. nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (mit 32,9 bzw. 31,8 Prozent Anteil).

Die kreisfreien Städte erzielten ihre größten Steuereinnahmen durch die Gewerbesteuer. Die Grundsteuern haben dagegen bei den kreisangehörigen Gemeinden eine höhere Bedeutung als bei kreisfreien Städten.

**Tabelle 7: Steueraufkommen 1999 nach Gebietskörperschaften**

Steueraufkommen	kreisfreie Städte	kreisangehörige Gemeinden
	Mill. DM	
Grundsteuer A u. B	84	230
Gewerbesteuer (netto)	146	271
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	117	285
an der Umsatzsteuer	49	67

Die von den Betrieben gezahlte Gewerbesteuer (brutto) betrug 478 Mill. DM im Jahr 1999 und lag damit um 7,0 Prozent über dem Vorjahreswert.

In allen Bundesländern wird sie nur noch auf den Gewerbesteuerertrag erhoben.

Als Ausgleich für die Steuerausfälle in den Gemeinden werden diese seit 1999 an der Umsatzsteuer beteiligt.

Die Gemeinden müssen aus ihrem Gewerbesteueristaufkommen eine Umlage an Bund und Land abführen. Sie berechnet sich aus Gewerbesteueristaufkommen dividiert durch den Hebesatz, multipliziert mit dem Vervielfältiger. Der Vervielfältiger wird vom Gesetzgeber vorgegeben. In

den Jahren 1995 und 1996 betrug der Vervielfältiger in den neuen Bundesländern 38 Prozent. Wegen der Nichteinführung der Gewerbesteuer wurden die Gemeinden 1997 von der Umlage befreit. 1998 stieg der Vervielfältiger auf 7 und 1999 auf 45 Prozent.

Die Gemeinden erhalten anteilig vom Aufkommen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer 15 Prozent und von der Zinsabschlagsteuer 12 Prozent.

402 Mill. DM erhielten die Gemeinden im Jahr 1999. Dies war zwar eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 48 Mill. DM bzw. 13,5 Prozent, konnte den Rückgang von 1996 aber noch nicht ausgleichen, der zu einem Teil durch die Neuregelung der Kindergeldzahlung entstanden war. Als Ausgleich für die Gemeinden wurden ab 1996 Ersätze zum Familienleistungsausgleich gezahlt, die aber zu den Zuweisungen und Zuschüssen zählen und nicht zu den Steuereinnahmen.

**Tabelle 8:** Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Ersätze zum Familienleistungsausgleich

Kennziffern	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	717	354	364	354	402
Ersätze zum Familienleistungsgesetz	-	108	110	100	102

Vom Gemeindeanteil an der Einkommensteuer flossen 117 Mill. DM den kreisfreien Städten und 285 Mill. DM den kreisangehörigen Gemeinden zu.

### Allgemeine Finanzaufweisungen konstant

Die allgemeinen Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände und deren Umlageeinnahmen stiegen 1999 um 0,3 Prozent an. Gegenüber 1995 war das ein Zuwachs um 0,9 Prozent. Von den insgesamt 3 150 Mill. DM entfielen 79 Prozent auf die Schlüssel- und Finanzaufweisungen vom Land, 21 Prozent waren Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Die Schlüsselzuweisungen fielen mit 2 317 Mill. DM um 1,5 Prozent geringer aus als 1995.

25 Prozent der Schlüsselzuweisungen oder 569 Mill. DM flossen gemäß § 7 ThürFAG den Landkreisen und 75 Pro-

zent oder 1 748 Mill. DM den Gemeinden zu. Davon gingen 521 Mill. DM an die kreisfreien Städte und 1 227 Mill. DM an die kreisangehörigen Gemeinden.

1999 erhielten 8 Gemeinden keine Schlüsselzuweisungen, da ihre Steuerkraftmesszahl so hoch war, dass sie die Bedarfsmesszahl überstieg.

### Gebühreneinnahmen rückläufig

1999 betrugen die Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben 566 Mill. DM. Gegenüber 1995 gingen die Einnahmen um 14,9 Prozent zurück, gegenüber 1998 ist eine geringe Zunahme durch höhere Verwaltungsgebühren zu verzeichnen. Hauptursache für den Rückgang waren geringere Einnahmen aus Benutzungsgebühren in den Aufgabenbereichen Kindertageseinrichtungen und Abfallbeseitigung.

**Tabelle 9:** Gebühren und zweckgebundene Abgaben

Kennziffern	1995	1996	1997	1998	1999
	Mill. DM				
Verwaltungsgebühren	135	132	130	124	131
Benutzungsgebühren	526	503	465	438	433
Kindertageseinrichtungen	68	55	46	42	42
Abfallbeseitigung	234	240	219	199	188
Zweckgebundene Abgaben	3	2	2	2	3
Gebühren und zweckgebundene Abgaben insgesamt	665	637	597	564	566

Von den 566 Mill. DM an Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben entfielen allein 246 Mill. DM auf die Landkreise und 184 Mill. DM auf die kreisfreien Städte. Dies resultiert aus der Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften.

Die 188 Mill. DM Gebühreneinnahmen für die Abfallbeseitigung wurden fast vollständig von den Landkreisen und kreisfreien Städte eingenommen, für die sie als Gebietskörperschaften verantwortlich zeichnen.

Die Gebühreneinnahmen für die Benutzung von Kindertageseinrichtungen wurden dagegen vollständig von den Gemeinden vereinnahmt.

Ein weiterer großer Betrag wurde vom Aufgabenbereich 11 - Öffentliche Ordnung - eingenommen. Er betrug 69 Mill. DM im Jahr 1999 und wurde zum großen Teil als

Verwaltungsgebühren für das Pass- und Meldewesen sowie die KfZ-Zulassung vereinnahmt.

Bei der Bewertung der Einnahmen aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben ist zu berücksichtigen, dass die Wasserver- und Abwasserentsorgung in Thüringen zum größten Teil durch Zweckverbände erledigt wird, die in den Angaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht enthalten sind.

In Thüringen hatten 1999 die Gebühreneinnahmen einen Anteil an den Gesamteinnahmen von 6,9 Prozent. Aussagefähiger ist jedoch die Ermittlung der Gebühreneinnahmenquote für die einzelnen Bereiche, in denen hauptsächlich Gebühren eingenommen werden. Die nachfolgende Grafik zeigt die Quoten einiger ausgewählter Aufgabenbereiche.



## Darstellung nach Einzelplänen

Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf die Darstellung der Gesamtausgaben und -einnahmen in der gesamtwirtschaftlichen Darstellungsweise. Im weiteren wird auf die Einzelpläne eingegangen, wozu die haushaltmäßige Darstellung zugrunde gelegt wird. Charakteristisch dafür ist die Aufgliederung des Gesamthaushaltes in den Verwaltungs- und in den Vermögenshaushalt sowie die Darstellung der Bruttoausgaben und -einnahmen in der Gliederung nach dem Gruppierungsplan.

Darin sind auch die besonderen Finanzierungsvorgänge enthalten. Die Einnahmen aus Krediten und die Entnahme aus Rücklagen erhöhten 1999 einnahmeseitig die liquiden Mittel um 691 Mill. DM. Tilgung von Krediten, Rücklagenzuführungen und Deckung von Vorjahresfehlbeträgen erhöhten 1999 die Ausgabenseite um 752 Mill. DM.

Werden die haushaltstechnischen Verrechnungen einbezogen, die Ausgaben und Einnahmen gleichermaßen im Wert von 776 Mill. DM erhöhen, dann ergibt das die Bruttoausgaben und -einnahmen, die in den Tabellen 10 und 11 nach Einzelplänen dargestellt werden.

1999 gaben die Gemeinden brutto 10 573 Mill. DM aus und nahmen 10 505 Mill. DM ein.

Das Aufgabenspektrum der Gemeinden und Gemeindeverbände ist weit gespannt. Das Gewicht der Einzelpläne wird an deren Ausgabenhöhe erkennbar.

Die Verteilungsstruktur ist über die Jahre relativ konstant. Dennoch lässt sich bei längerfristigen Vergleichen eine Verschiebung der Ausgaben erkennen. Aus diesem Grunde weisen die folgenden Tabellen die Veränderung gegenüber den Jahren 1998 und 1995 aus.

**Tabelle 10: Bruttoausgaben <sup>1)</sup> und Bruttoeinnahmen <sup>1)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände 1999 nach Einzelplänen**

Einzelplan	Bruttoausgaben			Bruttoeinnahmen		
	Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber	
		1998	1995		1998	1995
		um %			um %	
0	999	0,8	- 3,7	272	4,6	19,2
1	473	2,8	6,2	221	5,7	9,6
2	1 012	0,1	- 6,4	528	- 2,9	4,3
3	545	9,0	26,9	279	13,2	51,8
4	1 719	1,1	- 21,5	772	0,6	- 37,2
5	554	6,2	8,6	206	7,8	4,2
6	1 482	1,7	- 6,2	733	- 3,3	1,9
7	849	- 1,7	- 23,8	553	- 2,4	- 23,2
8	531	- 3,3	- 31,3	724	- 5,8	- 15,8
9	2 410	- 5,2	3,3	6 216	- 0,2	- 5,0
<b>Summe</b>	<b>10 573</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 8,0</b>	<b>10 505</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 7,8</b>

1) einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen, ohne Gewerbesteuerumlage

Seit 1995 ist der Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft der Aufgabenbereich mit den höchsten Ausgaben.

Im Einzelplan 4 - Soziale Sicherung - gab es in diesen Jahren die absolut größten Reduzierungen, das absolut größte Anwachsen der Ausgaben dagegen im Einzelplan 9.

Etwa ein Viertel der gesamten Bruttoausgaben entfällt dem Volumen nach auf den Einzelplan 9. Dies hat seinen Grund darin, dass alle Zahlungen, die keinem Aufgabenbereich direkt zugeordnet werden können, zentral in der Allgemeinen Finanzwirtschaft nachzuweisen sind. Es handelt sich

dabei hauptsächlich um Umlagen, Tilgungen, Zinszahlungen, Rücklagenzuführungen.

Über den Zeitraum seit 1995 betrachtet, sind neben den hohen Ausgabenrückgängen bei der Sozialen Sicherung auch Rückgänge in den Einzelplänen 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr, 7 - Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung und 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund-

und Sondervermögen - aber auch in 0 - Allgemeine Verwaltung und 2 - Schulen zu verzeichnen. Unterschiedlich sind jedoch die Ursachen. Sind es im Einzelplan 4 vorrangig sinkende Ausgaben im Verwaltungshaushalt durch geringere Personalausgaben, so liegt die Ursache bei den Einzelplänen 0, 2, 6 und 7 vorrangig in reduzierten Ausgaben des Vermögenshaushaltes durch geringere Investitionstätigkeit und beim Einzelplan 8 an beiden Ursachen.

**Tabelle 11: Bruttoausgaben <sup>1)</sup> und Bruttoeinnahmen <sup>1)</sup> der Gemeinden und Gemeindeverbände 1999 nach Einzelplänen**

Einzelplan	Bruttoausgaben des						Bruttoeinnahmen des					
	Verwaltungshaushalts			Vermögenshaushalts			Verwaltungshaushalts			Vermögenshaushalts		
	Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber		Mill. DM	Veränderung gegenüber	
		1998	1995		1998	1995		1998	1995		1998	1995
um %		um %		um %		um %		um %				
0	898	2,1	- 1,7	100	- 9,7	- 18,7	240	6,6	28,2	32	- 8,2	- 22,3
1	351	3,3	14,1	122	1,3	- 11,5	167	2,8	11,7	54	15,8	3,5
2	719	3,1	1,4	293	- 6,7	- 21,4	391	- 3,7	- 3,6	138	- 0,4	36,0
3	460	10,8	33,5	85	- 0,1	- 0,1	229	13,8	50,2	50	10,7	59,7
4	1 661	0,2	- 21,7	58	34,8	- 15,6	760	0,5	- 37,7	13	3,1	13,8
5	354	4,2	- 3,4	200	10,0	39,1	114	5,0	- 16,6	92	11,5	51,1
6	502	4,4	9,0	980	0,3	- 12,5	121	1,5	- 14,0	612	- 4,2	5,8
7	625	- 3,2	- 9,5	225	2,7	- 47,1	420	0,6	- 16,3	133	- 10,8	- 39,0
8	252	2,0	- 19,3	279	- 7,6	- 39,5	381	- 1,0	- 4,0	343	- 10,7	- 26,0
9	1 608	- 0,5	2,3	801	- 13,3	5,4	4 629	2,3	2,9	1 588	- 7,0	- 22,3
<b>Summe</b>	<b>7 431</b>	<b>1,5</b>	<b>- 4,7</b>	<b>3 142</b>	<b>- 4,2</b>	<b>- 15,0</b>	<b>7 451</b>	<b>2,0</b>	<b>- 4,3</b>	<b>3 054</b>	<b>- 5,7</b>	<b>- 15,2</b>

1) einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen, ohne Gewerbesteuerumlage

1999 betragen die Bruttoausgaben im Einzelplan 9 - **Allgemeine Finanzwirtschaft** - 2 410 Mill. DM. Das waren 22,8 Prozent der gesamten Bruttoausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegenüber dem Vorjahr sanken sie um 5,2 Prozent.

Die größten Einzelposten waren die Umlagen mit 679 Mill. DM (Kreis-, Verwaltungsgemeinschafts- und Zweckverbandsumlagen), Tilgungen und Rückzahlung von inneren Darlehen mit 500 Mill. DM, Zinsausgaben mit 331 Mill. DM sowie Rücklagenzuführungen in Höhe von 227 Mill. DM.

Die ordentlichen Tilgungen betragen 249 Mill. DM. Damit hat sich der Anteil an den Tilgungen insgesamt wieder auf 50 Prozent erhöht.

Der Einzelplan 4 - **Soziale Sicherung** - hatte mit 1 719 Mill. DM einen Anteil an den Gesamtausgaben von 16,3 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr war ein Anstieg um 1,1 Prozent, aber gegenüber 1995 ein Rückgang um 21,5 Pro-

zent zu verzeichnen. Der Einzelplan 4 ist der Bereich mit dem höchsten Anteil Verwaltungshaushalt am Gesamthaushalt (97 Prozent). Von den 1 719 Mill. DM entfielen 492 Mill. DM, das sind 28,6 Prozent, auf die Personalausgaben. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringer Zugang um 3 Mill. DM bzw. 0,7 Prozent zu verzeichnen. Der Rückgang gegenüber 1995 um 30,3 Prozent resultiert aus den Jahren 1995 bis 1998. Absolut und relativ am größten waren die Einsparungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Hier wurden zwar mit 286 Mill. DM die meisten Personalkosten ermittelt, der Rückgang zum Jahr 1995 betrug jedoch 187 Mill. DM bzw. 39,6 Prozent. Erheblich zurückgegangen sind die Personalkosten auch bei sozialen Einrichtungen für pflegebedürftige ältere Menschen vor allem bedingt durch Ausgliederung der Einrichtungen aus den öffentlichen Haushalten bzw. Privatisierung.

Fast 45 Prozent der Ausgaben des Einzelplanes 4 wurden für Soziale Leistungen (Gr.nr. 73-79) benötigt. Mit 766 Mill. DM wurden Zahlungen in Höhe des Vorjahres getätigt.

Die Reduzierung gegenüber 1995 um 24,2 Prozent trat durch die Leistungen der Pflegeversicherung ein, wodurch die kommunalen Ausgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege auf 50 Mill. DM reduziert werden konnten.

Den größten Anteil an den Ausgaben haben mit 311 Mill. DM die sozialen Leistungen im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt, die gegenüber dem Vorjahr um 11 Mill. DM bzw. 3,5 Prozent gesunken sind.

Der zweitgrößte Bereich sind mit 163 Mill. DM die Leistungen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, gefolgt von den Eingliederungshilfen für Behinderte mit 134 Mill. DM.

220 Mill. DM wurden an Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (Caritas, DRK ...) gezahlt, darunter 123 Mill. DM für Kindertageseinrichtungen und 50 Mill. DM zur Förderung der Wohlfahrtspflege.

Lediglich 45 Mill. DM wurden im Einzelplan 4 für Baumaßnahmen ausgegeben. Das ist ein Anstieg gegenüber den vergangenen Jahren, der sich vorrangig im Bereich der Kindertagesstätten auswirkte.

Die im Einzelplan 2 - **Schulen** - getätigten Ausgaben in Höhe von 1 012 Mill. DM hatten einen Anteil von 9,6 Prozent an den gesamten Ausgaben. 71,0 Prozent davon entfielen auf den Verwaltungshaushalt. Die größten Ausgabepositionen waren die Personalausgaben (ohne Lehrpersonal) in Höhe von 213 Mill. DM, Ausgaben für die Bewirtschaftung von Grundstücken und baulichen Anlagen (159 Mill. DM), weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben (172 Mill. DM, darunter 96 Mill. DM für die Schülerbeförderung).

Im Vermögenshaushalt wurden 245 Mill. DM „verbaut“ (1998 = 260 Mill. DM) und für 41 Mill. DM Sachvermögen erworben. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Baumaßnahmen bei Gymnasien, Berufsschulen und Förderschulen. Bei Grund- und Regelschulen, Gesamtschulen sowie der Schulverwaltung wurden die Ausgaben erhöht.

Für den Einzelplan 7 - **Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung** - wurden 849 Mill. DM im Jahr 1999 ausgegeben, das sind 8,0 Prozent der gesamten Ausgaben.

Drei Viertel der Ausgaben entfallen auf die Bereiche Abfallbeseitigung, Hilfsbetriebe der Verwaltung (z.B. Bauhöfe, Fuhrparks) und Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr. Die Ausgabenstruktur ist dabei je nach Aufgabengebiet sehr unterschiedlich.

**Tabelle 12:** Ausgaben in ausgewählten Bereichen des Einzelplans 7

Ausgaben	Abfallbeseitigung	Hilfsbetriebe der Verwaltung	Fremdenverkehr, sonst. Förderung von Wirtschaft und Verkehr
	Mill. DM		
Personalausgaben	8	177	28
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	35	3	1
Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben	50	4	6
Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	46	2	1
Haltung von Fahrzeugen	1	17	0
Baumaßnahmen	13	4	52
Erwerb von Sachvermögen	1	12	10

Neben der Darstellung der Bruttoausgaben in ihrer Struktur und Entwicklung nach Einzelplänen gibt der Vergleich der Nettoausgaben und Nettoeinnahmen weitere wichtige Auskünfte über die einzelnen Bereiche. Die Bruttoausgaben und -einnahmen werden zur Ermittlung der Nettoausgaben und -einnahmen bereinigt, indem zunächst der Zahlungsverkehr zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden und in einem weiteren Schritt die Zahlungen von anderen Ebenen des öffentlichen Bereichs abgesetzt werden. Außerdem sind die haushaltstechnischen Verrechnungen und die besonderen Finanzierungsvorgänge eliminiert.

In Thüringen kann dabei festgestellt werden, dass neben dem Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft - , der grundsätzlich Mehreinnahmen für den Ausgleich in den anderen Einzelplänen erwirtschaften muss, auch der Bereich Wirtschaftliche Unternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen (Einzelplan 8) aus eigenen Einnahmen finanziert wird.

Die Mehreinnahmen des Einzelplanes 8 in Höhe von 193 Mill. DM wurden in den Bereichen Allgemeines Grundvermögen (+ 159 Mill. DM) und Elektrizitätsversorgung (+ 94 Mill. DM) erwirtschaftet. Beim Allgemeinen Grundvermögen ist das zurückzuführen auf Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen sowie Miet- und Pachteinnahmen, bei der Elektrizitätsversorgung durch Einnahmen aus Konzessionsabgaben.

**Tabelle 13: Mehreinnahmen, -ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Einzelplänen**

Einzelplan	Nettoausgaben			Nettoeinnahmen			Mehreinnahmen Mehrausgaben (-)		
	1995	1998	1999	1995	1998	1999	1995	1998	1999
	Mill. DM								
0	900	817	808	90	79	74	- 809	- 731	- 726
1	349	372	376	106	124	128	- 244	- 251	- 252
2	665	547	514	90	80	73	- 575	- 468	- 484
3	286	294	310	41	44	50	- 246	- 254	- 266
4	1 379	1 137	1 139	424	220	209	- 961	- 932	- 946
5	366	372	391	57	53	58	- 313	- 331	- 349
6	1 075	886	948	218	195	212	- 861	- 699	- 748
7	810	620	597	441	349	320	- 395	- 297	- 296
8	643	410	376	732	635	574	87	219	193
9	- 1 713	- 1 370	- 1 680	2 456	2 254	2 012	4 211	3 690	3 807
<b>Summe</b>	<b>4 760</b>	<b>4 087</b>	<b>3 780</b>	<b>4 655</b>	<b>4 033</b>	<b>3 711</b>	<b>- 105</b>	<b>- 54</b>	<b>- 69</b>

Die Aufgabenbereiche (A, UA) mit dem höchsten Zuschussbedarf waren dagegen 1999 die Hauptverwaltungen, die Kindertageseinrichtungen, die Grund- und Regelschulen und die Gemeindestraßen.

Die Mehrausgaben betragen in diesen und weiteren Bereichen:

Abschnitte/Unterabschnitte	Mill. DM
464 Kindertageseinrichtungen	336
02 Hauptverwaltungen	311
63 Gemeindestraßen	243
21 Grund-, Regelschulen	223
61 Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	164
410 Hilfe zum Lebensunterhalt	151
455 Hilfe zur Erziehung	150
13 Brandschutz	143
03 Finanzverwaltung	139
06 Einrichtungen der Gesamten Verwaltung	135
60 Bauverwaltung	135
77 Hilfsbetriebe der Verwaltung	133

## Definition finanzstatistischer Kennzahlen für die Kommunalhaushalte

Kennzahl	Gruppierungsnummern	Bezugsgröße (gesamtwirtschaftlich)	Bezugsgröße (haushaltsmäßig)
----------	---------------------	------------------------------------	------------------------------

### Ausgabenquoten

Personalausgabenquote	40-46	Bereinigte Gesamtausgaben 999 ./. 679, 68, 809, 810, 86, 90 ./. 892, 91, 974-979, 992, ./. 062, 072, 162, 172, 202, 232, 322, 362, 372	Ausgaben des Gesamthaushalts 999 ./. 679, 68, 809, 810, 86, 90 ./. 892, 91, 974-979, 992
Sachaufwandsquote	50-66, 675-677, 717, 84		
Zinsausgabenquote	800-808		
Anteil der sozialen Leistungen	73-78+79		
Investitionsausgabenquote	92, 93, 94-96, 98 <sup>1)</sup>		
Sachinvestitionsquote	932, 935, 94-96		

### Einnahmenquoten

Steuereinnahmenquote	00-03 /. 810	Bereinigte Gesamteinnahmen 399 ./. 169, 209, 27, 28, 30, 810 ./. 31, 374-379 ./. 062, 072, 162, 172, 202, 232, 322, 362, 372	Einnahmen des Gesamthaushalts 399 ./. 169, 209, 27, 28, 30, 810 ./. 31, 374-379
Anteil der allgem. Zuweisung vom Land <sup>2)</sup>	041, 051, 060, 061		
Gebühreneinnahmenquote	10, 11, 12		

### Finanzierungsquoten

Steuerdeckungsquote	00-03 /. 810	Bereinigte Gesamtausgaben (Gruppierungsnummern s.o.)	Ausgaben des Gesamthaushalts (Gruppierungsnummern s.o.)
Deckungsquote der Zuweisungen und Erstattungen vom Land <sup>2)</sup>	041, 051, 060, 061, 160, 161, 170, 171, 230, 231, 360, 361		
Finanzierungsanteil der Investitionszuweisungen vom Land <sup>2)</sup>	360, 361	Investitionen und Investitionsförderung (bereinigt) 92, 93, 94-96, 98 ./. 362, 372	Investitionen und Investitionsförderung (brutto) 92, 93, 94-96, 98
Finanzierungsanteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	374, 377		
Finanzierungsanteil der Rücklagenentnahme	31		

### Belastungsquoten

Zinslastquote	800-808	Bereinigte Gesamteinnahmen (Gruppierungsnummern s.o.)	Einnahmen des Gesamthaushalts (Gruppierungsnummern s.o.)
Schuldendienstbelastungsquote	800-808, 970-977, 979		

1) bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtungsweise bereinigt um den zwischengemeindlichen Zahlungsverkehr (Grupp.Nrn. 362, 372). - 2) einschl. Bundesmittel.

Haushaltssalden und davon abgeleitete Quoten	Rechenvorgang	Gruppierungsnummern
--	---------------	---------------------

### Salden

Allgemeine Deckungsmittel	Steuereinnahmen (netto) und Saldo aus allgemeinen Zuweisungen und Umlagen	00-03, 041, 051, 060-062, 072 /. 810, 822, 823, 832, 833
Nettokreditaufnahme	Schuldenaufnahme /. Schuldentilgung am Kreditmarkt	374, 377 /. 974, 977
Überschuss des Verwaltungshaushalts	Einnahmen /. Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne Zuführungen)	299 (ohne 28) /. 899 (ohne 86)
Freie Spitze	Überschuss des Verwaltungshaushalts /. Tilgung von Krediten (ohne außerordentliche Tilgung und Umschuldung am Kreditmarkt), Rückzahlung von inneren Darlehen und Kreditbeschaffungskosten (ohne Abzug der Zuführung an Rücklagen)	86 /. 28, 970-977, 979, 990

### Sonstige Quoten

Kreditfinanzierungsquote	Nettokreditaufnahme in % der Ausgaben der Investitionen und Investitionsförderung	(374, 377 /. 974, 977) : (92, 93, 94-96, 98)
Selbstfinanzierungsquote	Überschuss des Verwaltungshaushalts in % der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung	(299, 86 /. 899, 28) : (92, 93, 94-96, 98)
Finanzierungsquote der freien Spitze	Freie Spitze in % der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung	(86 /. 28, 970-977, 979, 990) : (92, 93, 94-96, 98)
Anteil des Überschusses im Verwaltungshaushalt	Überschuss des Verwaltungshaushalts in % der Einnahmesumme im Verwaltungshaushalt (ohne Verrechnungen)	(299, 86 /. 899, 28) : (299 /. 169, 209, 27, 28, 810)